

„175 Euro sind keine Bagatelle“

Politik Thorsten Frei und seine Kollegen wollen regionalen Geschäften den guten Umsatz mit Schweizern erhalten.

Villingen-Schwenningen/Berlin.

Die südbadischen Bundestagsabgeordneten Armin Schuster, Felix Schreiner, Andreas Jung und Thorsten Frei (Schwarzwald-Baar-Kreis) lehnen eine Wertgrenze in Höhe von 175 Euro für die Mehrwertsteuer-Rückerstattung ab. Dabei geht es vor allem um den Erhalt von Kaufkraft aus dem Ausland zugunsten deutscher Geschäftsleute, speziell um die Ausgaben von Schweizer Verbrauchern.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 7. Juni das Bundesministerium der Finanzen (BMF) dazu aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Wertgrenze von 175 Euro vorzulegen. „175 Euro sind keine Bagatelle“, betonen die Abgeordneten. Der durchschnittliche Einkaufswert liege weit unter 175 Euro. Als Konsequenz einer derart hoch angesetzten Grenze sei zu befürchten, dass Schweizer Kunden dann verstärkt die großen Vollsortimenter bevorzugen würden.

Es geht um Wertschöpfung

Den Schaden hätten kleinere Geschäfte und Einzelhändler, die innerorts das Gemeindebild prägen und für den Fortbestand lebendiger Innenstädte unerlässlich sind. Deshalb betonen die CDU-Abgeordneten: „Eine Wertgrenze von 175 Euro würde Arbeitsplätze und Wertschöpfung in unserer Region gefährden, deshalb lehnen wir diese ab.“ Die Abgeordneten plädieren für eine moderne und zeitgemäße Lösung: die Automatisierung der Erteilung umsatzsteuerrechtlicher Ausfuhr- und Abnehmerbestätigungen. Seit Jahren steht fest, dass eine automatisierte Lösung technisch machbar wäre. So erwartet der Rechnungsprüfungsausschuss auch, dass das Finanzministerium ein IT-Verfahren vorantreibt. *eb*